



Plenarprotokoll

41. Sitzung

Donnerstag, 18. Januar 2024

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedenkworte		Priorisierung Neubau und Sanierung sicherer Radwege	3713
Dr. Wolfgang Schäuble, Ehrenbürger von Berlin	3698	Johannes Kraft (CDU)	3713
Edith Uhardt, Städtälteste von Berlin	3698	Senatorin Manja Schreiner	3713
Mitteilungen der Präsidentin und Geschäftliches	3699	Johannes Kraft (CDU)	3713
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	3699	Senatorin Manja Schreiner	3713
1 Aktuelle Stunde	3699	Oda Hassepaß (GRÜNE)	3713
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Manja Schreiner	3714
Gemeinsam rechten Umsturzphantasien eine demokratische Mobilisierung entgegenstellen – Berlin bleibt offen, vielfältig und solidarisch	3699	Schaden durch Rechtsradikalität und Ausländerfeindlichkeit für Wirtschaftsstandort	3714
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)		Tamara Lüdke (SPD)	3714
Werner Graf (GRÜNE)	3699	Bürgermeisterin Franziska Giffey	3715
Dirk Stettner (CDU)	3701	Tamara Lüdke (SPD)	3715
Ferat Koçak (LINKE)	3703	Bürgermeisterin Franziska Giffey	3716
Carsten Schatz (LINKE)	3704	Katalin Gennburg (LINKE)	3716
Raed Saleh (SPD)	3705	Bürgermeisterin Franziska Giffey	3717
Dr. Kristin Brinker (AfD)	3706	Auflösung PMA	3717
Antonin Brousek (fraktionslos)	3709	André Schulze (GRÜNE)	3717
Dr. Alexander King (fraktionslos)	3710	Bürgermeister Stefan Evers	3717
Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	3711	André Schulze (GRÜNE)	3718
2 Fragestunde	3712	Bürgermeister Stefan Evers	3718
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Stefan Ziller (GRÜNE)	3719
		Bürgermeister Stefan Evers	3719
		Auflösung PMA und Funktionsfähigkeit Land Berlin	3719
		Steffen Zillich (LINKE)	3719
		Bürgermeister Stefan Evers	3720
		Steffen Zillich (LINKE)	3720
		Bürgermeister Stefan Evers	3720
		Dr. Manuela Schmidt (LINKE)	3720
		Bürgermeister Stefan Evers	3720

Beziehung Regierender Bürgermeister mit Senatorin Günther-Wünsch	3721	3.2	Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	3732
Thorsten Weiß (AfD)	3721	38	Das Azubiwerk Berlin gründen	3732
Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	3721		Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Thorsten Weiß (AfD)	3721		Drucksache 19/1363	
Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	3721		Klara Schedlich (GRÜNE)	3732
Sondervermögen Klimaschutz	3721		Dr. Martin Pätzold (CDU)	3733
Vasili Franco (GRÜNE)	3721		Damiano Valgolio (LINKE)	3733
Bürgermeister Stefan Evers	3722		Sven Meyer (SPD)	3734
Vasili Franco (GRÜNE)	3722		Jeannette Auricht (AfD)	3735
Bürgermeister Stefan Evers	3722		Ergebnis	3736
Danny Freymark (CDU)	3722	3.3	Priorität der Fraktion Die Linke	3736
Bürgermeister Stefan Evers	3722	22	Mieten sozial gestalten – Bundesratsinitiative zur Begrenzung des Anstiegs von Indexmieten starten	3736
Übergriffe während Luxemburg-Liebknecht-Demo	3723		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 20. November 2023	
Dennis Hausteine (CDU)	3723		Drucksache 19/1301	
Senatorin Iris Spranger	3723		zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke	
Dennis Hausteine (CDU)	3724		Drucksache 19/0964	
Senatorin Iris Spranger	3724		Niklas Schenker (LINKE)	3736
Kurt Wansner (CDU)	3725		Dr. Ersin Nas (CDU)	3738
Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	3725		Katrin Schmidberger (GRÜNE)	3738
Sachstand Umsetzung			Sevim Aydin (SPD)	3740
Grundsteuerreform	3725		Harald Laatsch (AfD)	3741
Stephan Schmidt (CDU)	3725		Ergebnis	3742
Bürgermeister Stefan Evers	3725		Ordnungsruf für Harald Laatsch (AfD)	3742
Stephan Schmidt (CDU)	3726		Zweiter Ordnungsruf für Harald Laatsch (AfD)	3742
Bürgermeister Stefan Evers	3726	3.4	Priorität der AfD-Fraktion	3742
Kristian Ronneburg (LINKE)	3726	52 A	Berlin braucht eine professionelle Regierung – Compliance-Regeln für den Berliner Senat einführen	3742
Bürgermeister Stefan Evers	3726		Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion	
3	Prioritäten		Drucksache 19/1397	
gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin			Dr. Kristin Brinker (AfD)	3742
3.1	Priorität der Fraktion der SPD		Alexander Herrmann (CDU)	3743
19	Erstes Gesetz zur Änderung des Übernachtungsteuergesetzes		Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE)	3744
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1396			Ronald Gläser (AfD)	3745
Erste Lesung			Torsten Schneider (SPD)	3746
Derya Çağlar (SPD)	3727		Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	3747
Julian Schwarze (GRÜNE)	3727		Ergebnis	3747
Christian Goiny (CDU)	3728			
Julian Schwarze (GRÜNE)	3729			
Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	3730			
Frank-Christian Hansel (AfD)	3730			
Ergebnis	3731			

(Ronald Gläser)

private Treffen aushorchen und ausforschen.

[Katina Schubert (LINKE): „CORRECTIV“, Stasi-Unternehmen – das merken wir uns mal!
Soviel zur freien Presse und zur Demokratie! –
Zuruf von Steffen Zillich (LINKE) –
Weitere Zuruf von der LINKEN]

Es ist skandalös, wenn die berechtigte Forderung nach der Abschiebung von – –

Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:

Herr Gläser! Auch Sie möchte ich darum bitten, zur Sache und zum vorherigen Redner zu sprechen.

[Unruhe]

Sie dürfen fortfahren.

[Katina Schubert (LINKE): Mann, Mann! Sie haben das Mikro! Seien Sie doch nicht so ein Weichei!]

– Das war unparlamentarisch, Frau Schubert! Das wissen Sie auch.

Ronald Gläser (AfD):

Sie haben doch gemerkt, dass Sie uns mit all den Vorwürfen nicht aus der Ruhe bringen können. Im Gegenteil! Sie sind es, die versuchen, uns den ganzen Tag zu provozieren, und das gelingt Ihnen nicht.

[Zurufe von der LINKEN]

Und dann machen Sie „Mi, mi, mi!“ und gehen einfach raus. Es glaubt Ihnen doch kein Mensch mehr, dass Sie die Demokratie retten. Wir sind die einzige demokratische Opposition hier im Haus. Nehmen Sie das mal zur Kenntnis!

[Beifall bei der AfD –

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Sie sind demokratisch gewählt, aber das heißt nicht, dass Sie Demokraten sind! –
Zuruf von Elke Breitenbach (LINKE)]

Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:

Ich frage den Abgeordneten Mirzaie, ob er darauf zu antworten wünscht. – Das ist nicht der Fall. Dann spricht nun für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Schneider. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Torsten Schneider (SPD):

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gläser! Manchmal erzeugen auch Parlamentarische Geschäftsführer eine komische Komponente. Das, was Sie gerade hier von sich gegeben haben, gehört sicher zur Spitzenrunde.

[Beifall von Dr. Klaus Lederer (LINKE)]

Eigentlich wollte ich das gar nicht anmerken, aber wer wie Sie Sprache benutzt, um sich bis zur jeweiligen Zulässigkeitsgrenze der Verrohung des politischen Diskurses durchzuprobieren, der muss sich doch nicht wundern, wenn er in gleicher Weise mit diesem Instrument von der demokratischen Mitte der Gesellschaft Antwort erfährt, zumal ich der Analyse des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, der öffentlich erklärt hat, die AfD sei eine gefährliche Nazi-Partei, zuspreche.

[Beifall bei der SPD und
den GRÜNEN –

Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:

Gestatten Sie hier eine Zwischenfrage des Abgeordneten Woldeit, Herr Kollege?

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin, mit Verlaub, ich gestatte nie Zwischenfragen.

[Michael Dietmann (CDU): Das sollten Sie wissen! –
Heiterkeit bei der CDU]

Jetzt zur Sache selbst: Der Antrag, der hier zugrunde liegt – dazu ist das Entsprechende mit großer Breite formuliert –, unterstellt als Prämisse, es gebe Regelungen in Unternehmen und Landesbeteiligungen – und das sei Usus –, Liebesbeziehungen zu untersagen. Unsere Befundung ist eine andere, und wir waren auch noch so offen und fair, das im Ältestenrat und der Geschäftsführerrunde schon mitzuteilen. Alles, was zu dieser Sache zu sagen war, wurde angesprochen und geschrieben. Ich will deshalb damit enden, den Senat zu ermuntern, da einmal hinzusehen. Denn das Störgefühl, dass es irgendwo so und woanders so geregelt sei, darf nicht existieren.

[Regierender Bürgermeister Kai Wegner: Richtig!]

Die Tendenz in der Rechtsprechung ist aber eindeutig. Dazu gab es zwei bemerkenswerte Beiträge: Man kann Liebe nicht verbieten. Ich weiß nicht, ob das im Tenor des Urteils so steht. Aber das ist im Prinzip die freie Übersetzung. Wenn wir solche Regelungen noch haben sollten, dann wären die nach unserer Recherche nicht einmal mit Betriebsräten in Betriebsvereinbarungen gerichtsfest zu vereinbaren. Darauf müsste man reagieren. Das bedeutet nicht, dass man das alles gut oder schön findet. Aber die moralische Kategorie ist für uns ausdiskutiert. Wir haben keine Anhaltspunkte, dass die Regierung allein durch diesen öffentlich transparenten Fakt unprofessionell arbeitet. Damit ist das Erforderliche gesagt.

Ich fand übrigens den Liedbeitrag interessant. Ich hätte mir gut vorstellen können, dass Sie den Refrain noch zu Ende führen. – Vielen Dank!